

Zeitschrift "Deutschland L & Hannover"

vom 26.5.77 Nr. 21

**2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes
Nr. 305 "Auf der Masch" im Ortsteil Jeinsen**

Der Rat der Stadt Pattensen hat aufgrund der §§ 10 und 13 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Neufassung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256) sowie der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 305 "Auf der Masch" im Ortsteil Jeinsen mit Begründung am 5. Mai 1977 als Satzung beschlossen. Mit dieser Bekanntmachung wird die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 305 "Auf der Masch" gem. § 12 Bundesbaugesetz rechtsverbindlich. Die 2. vereinfachte Änderung des genannten Bebauungsplanes liegt mit Begründung im Rathaus der Stadt Pattensen - Bauamt -, Nebengebäude, Hofstr. 2, öffentlich aus und kann dort während der Dienstzeiten eingesehen werden.

Auf § 155 a und § 44 c BBauG wird folgendermaßen hingewiesen:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des BBauG beim Zustandekommen der 2. vereinfachten Änderung des vorgenannten Bebauungsplanes ist gem. § 155 a BBauG unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Eintreten der Rechtsverbindlichkeit gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht wird. Diese Rechtsfolge tritt nicht ein, wenn die Vorschriften über die Genehmigung und die Veröffentlichung der 2. vereinfachten Änderung des o.a. Bebauungsplanes verletzt worden sind.

Gemäß § 44 c BBauG kann Entschädigung verlangt werden, wenn die in den § 39 (Vertrauensschaden), § 40 (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme), § 42 (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten), § 43 (Entschädigung bei Bindungen für Bepflanzungen) und § 44 (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung) bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Anspruches kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen nach § 44 a BBauG beantragt wird.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Pattensen, den 12. Mai 1977

STADT PATTENSEN
Der Stadtdirektor
Drücker